



## **Schriftliche Anfrage**

des Abgeordneten **Benjamin Nolte AfD**  
vom 27.01.2025

### **Bayerische Staatsräson zum Staate Isreal und das deutsche Volk**

Die Staatsregierung wird gefragt:

- 1.1 Auf welcher historischen, politischen oder rechtlichen Grundlage basiert die Entscheidung der Staatsregierung, das Existenzrecht Israels zur bayerischen Staatsräson zu erklären? ..... 4
- 1.2 Welche Mechanismen hat die Staatsregierung installiert, um sicherzustellen, dass die Staatsräson zugunsten Israels nicht die Interessen des deutschen Volkes in Bayern beeinträchtigt? ..... 4
- 1.3 Wie plant die Staatsregierung das Existenzrecht des deutschen Volkes in gleicher Weise wie das Israels in ihrer Staatsräson zu verankern (Quellen und Belege dafür)? ..... 4
- 2.1 Welche Maßnahmen plant die Staatsregierung, um die Staatsräson zugunsten Israels sicherheitspolitisch durchzusetzen, obwohl Bayern keine eigenen militärischen Befugnisse hat? ..... 4
- 2.2 Wird in Erwägung gezogen, symbolische Maßnahmen wie den Einsatz der Gebirgsschützen durchzuführen, um Israels Existenzrecht zu verteidigen, und wie wird dies angesichts der fehlenden Befugnisse Bayerns erklärt? ..... 4
- 2.3 Wie sieht die Staatsregierung, aufgrund ihrer fehlenden militärischen Mittel, ihre sicherheitspolitische Rolle, wenn die Staatsräson zugunsten Israels militärische Konflikte aufwirft? ..... 4
- 3.1 Wie rechtfertigt die Staatsregierung, dass das Existenzrecht Israels so stark in den Vordergrund ihrer Staatsräson gerückt wird, während die Bedrohungen des deutschen Volkes durch Migration weniger beachtet werden? ..... 4
- 3.2 Welche Maßnahmen plant die Staatsregierung, um das Existenzrecht des deutschen Volkes langfristig zu sichern, angesichts der fortschreitenden demografischen Veränderungen durch Masseneinwanderung? ..... 4
- 3.3 Wie stellt die Staatsregierung sicher, dass der demografische Wandel, verursacht durch Migration, die Stabilität der deutschen Bevölkerung in Bayern nicht gefährdet? ..... 4

- 
- 4.1 Welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um sicherzustellen, dass die Staatsräson zugunsten Israels nicht zu einer Benachteiligung, insbesondere durch die Masseneinwanderung aus dem Nahen Osten, des deutschen Volkes führt? ..... 5
- 4.2 Welche Gefahren sieht die Staatsregierung in der Priorisierung der israelischen Staatsräson, die möglicherweise zu Spannungen oder Gewalt innerhalb der bayerischen Bevölkerung führen könnten? ..... 5
- 4.3 Wie wird verhindert, dass die bayerische Bevölkerung das Vertrauen in die Staatsregierung verliert, wenn bayerische Interessen durch die Staatsräson zugunsten Israels geopfert werden? ..... 5
- 5.1 Plant die Staatsregierung, symbolische Militäreinsätze zugunsten Israels zu initiieren, obwohl Bayern keine eigenen militärischen Befugnisse besitzt? ..... 5
- 5.2 Wird der Ministerpräsident selbst einen Verteidigungsminister einführen, der ausschließlich für die Sicherheit Israels verantwortlich ist, da die Erklärung der Staatsräson so betont wird? ..... 5
- 5.3 Wie rechtfertigt die Staatsregierung die Vorstellung, dass bayerische Militäreinheiten wie die Gebirgsschützen im Rahmen dieser Staatsräson für die Sicherheit Israels mobilisiert werden könnten, obwohl Bayern kein militärisches Mandat besitzt? ..... 5
- 6.1 Welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um dem wachsenden Antisemitismus entgegenzuwirken, der durch Einwanderer aus dem Nahen Osten verstärkt wird, die das Existenzrecht Israels ablehnen? ..... 5
- 6.2 Inwiefern sieht die Staatsregierung die zunehmende Migration aus dem Nahen Osten als Bedrohung für das jüdische Leben und die innere Sicherheit Bayerns, angesichts der in diesen Ländern verbreiteten Israelfeindlichkeit? ..... 5
- 6.3 Welche Vorkehrungen trifft die Staatsregierung, um sicherzustellen, dass die Integration von Migranten aus dem Nahen Osten nicht zu einer weiteren Spaltung der bayerischen Gesellschaft führt? ..... 5
- 7.1 Welche Maßnahmen plant die Staatsregierung, um die demografischen Folgen der Masseneinwanderung aus dem Nahen Osten zu steuern und gleichzeitig die kulturelle Identität Bayerns und Deutschlands zu bewahren, ohne das deutsche Volk zu benachteiligen? ..... 5
- 7.2 Wie bewertet die Staatsregierung die Bedrohung des jüdischen Lebens und der gesellschaftlichen Stabilität durch die Einwanderung aus Ländern, in denen Antisemitismus und Israelfeindlichkeit stark verbreitet sind, und inwieweit sieht sie auch das deutsche Volk durch diese Feindseligkeit bedroht? ..... 6

---

7.3	Welche langfristigen Schritte sind geplant, um den negativen Einfluss von israelfeindlichen und antisemitischen Einstellungen, die durch die Migration aus dem Nahen Osten nach Bayern gelangt sind, auf die Stabilität der Gesellschaft und den Schutz des deutschen Volkes zu minimieren? .....	6
8.1	Welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um sicherzustellen, dass das Existenzrecht des deutschen Volkes nicht durch die unkontrollierte Einwanderung aus dem Nahen Osten gefährdet wird, insbesondere angesichts der kulturellen Spannungen? .....	6
8.2	Wie plant die Staatsregierung, die demografische Balance zu wahren angesichts der Zuwanderung aus dem Nahen Osten, die nicht nur die kulturelle, sondern auch die gesellschaftliche Identität Bayerns und Deutschlands gefährdet? .....	6
8.3	Welche langfristigen Schritte wird die Staatsregierung unternehmen, um sicherzustellen, dass die wachsende Migration aus dem Nahen Osten nicht die Stabilität und Sicherheit der bayerischen Bevölkerung, einschließlich des deutschen Volkes, beeinträchtigt? .....	6
	Hinweise des Landtagsamts .....	8

# Antwort

**des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration im Einvernehmen mit der Staatskanzlei und dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 17.03.2025**

- 1.1 **Auf welcher historischen, politischen oder rechtlichen Grundlage basiert die Entscheidung der Staatsregierung, das Existenzrecht Israels zur bayerischen Staatsräson zu erklären?**
- 1.2 **Welche Mechanismen hat die Staatsregierung installiert, um sicherzustellen, dass die Staatsräson zugunsten Israels nicht die Interessen des deutschen Volkes in Bayern beeinträchtigt?**
- 1.3 **Wie plant die Staatsregierung das Existenzrecht des deutschen Volkes in gleicher Weise wie das Israels in ihrer Staatsräson zu verankern (Quellen und Belege dafür)?**
- 2.1 **Welche Maßnahmen plant die Staatsregierung, um die Staatsräson zugunsten Israels sicherheitspolitisch durchzusetzen, obwohl Bayern keine eigenen militärischen Befugnisse hat?**
- 2.2 **Wird in Erwägung gezogen, symbolische Maßnahmen wie den Einsatz der Gebirgsschützen durchzuführen, um Israels Existenzrecht zu verteidigen, und wie wird dies angesichts der fehlenden Befugnisse Bayerns erklärt?**
- 2.3 **Wie sieht die Staatsregierung, aufgrund ihrer fehlenden militärischen Mittel, ihre sicherheitspolitische Rolle, wenn die Staatsräson zugunsten Israels militärische Konflikte aufwirft?**
- 3.1 **Wie rechtfertigt die Staatsregierung, dass das Existenzrecht Israels so stark in den Vordergrund ihrer Staatsräson gerückt wird, während die Bedrohungen des deutschen Volkes durch Migration weniger beachtet werden?**
- 3.2 **Welche Maßnahmen plant die Staatsregierung, um das Existenzrecht des deutschen Volkes langfristig zu sichern, angesichts der fortschreitenden demografischen Veränderungen durch Masseneinwanderung?**
- 3.3 **Wie stellt die Staatsregierung sicher, dass der demografische Wandel, verursacht durch Migration, die Stabilität der deutschen Bevölkerung in Bayern nicht gefährdet?**

- 
- 4.1 Welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um sicherzustellen, dass die Staatsräson zugunsten Israels nicht zu einer Benachteiligung, insbesondere durch die Masseneinwanderung aus dem Nahen Osten, des deutschen Volkes führt?**
- 4.2 Welche Gefahren sieht die Staatsregierung in der Priorisierung der israelischen Staatsräson, die möglicherweise zu Spannungen oder Gewalt innerhalb der bayerischen Bevölkerung führen könnten?**
- 4.3 Wie wird verhindert, dass die bayerische Bevölkerung das Vertrauen in die Staatsregierung verliert, wenn bayerische Interessen durch die Staatsräson zugunsten Israels geopfert werden?**
- 5.1 Plant die Staatsregierung, symbolische Militäreinsätze zugunsten Israels zu initiieren, obwohl Bayern keine eigenen militärischen Befugnisse besitzt?**
- 5.2 Wird der Ministerpräsident selbst einen Verteidigungsminister einführen, der ausschließlich für die Sicherheit Israels verantwortlich ist, da die Erklärung der Staatsräson so betont wird?**
- 5.3 Wie rechtfertigt die Staatsregierung die Vorstellung, dass bayerische Militäreinheiten wie die Gebirgsschützen im Rahmen dieser Staatsräson für die Sicherheit Israels mobilisiert werden könnten, obwohl Bayern kein militärisches Mandat besitzt?**
- 6.1 Welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um dem wachsenden Antisemitismus entgegenzuwirken, der durch Einwanderer aus dem Nahen Osten verstärkt wird, die das Existenzrecht Israels ablehnen?**
- 6.2 Inwiefern sieht die Staatsregierung die zunehmende Migration aus dem Nahen Osten als Bedrohung für das jüdische Leben und die innere Sicherheit Bayerns, angesichts der in diesen Ländern verbreiteten Israelfeindlichkeit?**
- 6.3 Welche Vorkehrungen trifft die Staatsregierung, um sicherzustellen, dass die Integration von Migranten aus dem Nahen Osten nicht zu einer weiteren Spaltung der bayerischen Gesellschaft führt?**
- 7.1 Welche Maßnahmen plant die Staatsregierung, um die demografischen Folgen der Masseneinwanderung aus dem Nahen Osten zu steuern und gleichzeitig die kulturelle Identität Bayerns und Deutschlands zu bewahren, ohne das deutsche Volk zu benachteiligen?**

- 7.2 Wie bewertet die Staatsregierung die Bedrohung des jüdischen Lebens und der gesellschaftlichen Stabilität durch die Einwanderung aus Ländern, in denen Antisemitismus und Israelfeindlichkeit stark verbreitet sind, und inwieweit sieht sie auch das deutsche Volk durch diese Feindseligkeit bedroht?**
- 7.3 Welche langfristigen Schritte sind geplant, um den negativen Einfluss von israelfeindlichen und antisemitischen Einstellungen, die durch die Migration aus dem Nahen Osten nach Bayern gelangt sind, auf die Stabilität der Gesellschaft und den Schutz des deutschen Volkes zu minimieren?**
- 8.1 Welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um sicherzustellen, dass das Existenzrecht des deutschen Volkes nicht durch die unkontrollierte Einwanderung aus dem Nahen Osten gefährdet wird, insbesondere angesichts der kulturellen Spannungen?**
- 8.2 Wie plant die Staatsregierung, die demografische Balance zu wahren angesichts der Zuwanderung aus dem Nahen Osten, die nicht nur die kulturelle, sondern auch die gesellschaftliche Identität Bayerns und Deutschlands gefährdet?**
- 8.3 Welche langfristigen Schritte wird die Staatsregierung unternehmen, um sicherzustellen, dass die wachsende Migration aus dem Nahen Osten nicht die Stabilität und Sicherheit der bayerischen Bevölkerung, einschließlich des deutschen Volkes, beeinträchtigt?**

Die Fragen 1.1 bis 8.3 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Sicherheit Israels, die Freundschaft mit Israel und das Existenzrecht Israels gehören aufgrund unserer historischen Verantwortung für die beispiellosen Gräueltaten einer nationalsozialistischen Unrechtsherrschaft und unserer daraus erwachsenen Verpflichtung zur Staatsräson Bayerns. Darauf können sich das israelische Volk und alle Bürgerinnen und Bürger Bayerns verlassen.

Die Staatsregierung stellt sich allen Formen des Antisemitismus und jeglichen Zweifeln am Existenzrecht des Staates Israel entschieden entgegen. Deshalb hat die Staatsregierung bereits frühzeitig und deutlich die Weichen gestellt und mit dem Gesamtkonzept „Jüdisches Leben und Bekämpfung des Antisemitismus“ ein weitreichendes Maßnahmenpaket geschaffen, das sich mit Nachdruck für den Schutz aller Jüdinnen und Juden in Bayern einsetzt. Das Konzept beruht auf den drei Säulen „Jüdisches Leben stärken, bayerisch-israelische Beziehungen vertiefen und Antisemitismus stoppen“. Mit dem vorliegenden Gesamtkonzept stärkt die Staatsregierung das jüdische Leben in Bayern und tritt jeglichem Antisemitismus offensiv und nachhaltig entgegen. Dieses Engagement dient unserem gemeinsamen Interesse an Frieden und Freiheit. Folgerichtig wird deshalb auch für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit das Bekenntnis zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens, verlangt. Bereits im Mai 2018 hat die Staatsregierung die Funktion eines Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungs-

kultur und geschichtliches Erbe eingerichtet, der insbesondere für die jüdische Gemeinschaft in Bayern als Ansprechpartner fungiert.

Soweit die Fragen unterstellen, dass durch die Staatsräson das bayerische oder das deutsche Volk oder die innere Sicherheit bedroht seien, wird dies entschieden zurückgewiesen. Jüdisches Leben ist Teil von Bayern und die bayerischen Sicherheitsbehörden ergreifen die rechtlich und tatsächlich möglichen präventiven und repressiven Maßnahmen, um das sichere Leben in Bayern weiterhin für alle Menschen zu gewährleisten.

Hinsichtlich der Fragen nach einer Bewertung der aktuellen Entwicklung eines israel-feindlich oder religiös motivierten Antisemitismus in Bayern und nach geeigneten Gegenmaßnahmen der Staatsregierung wird auf die Antworten der Staatsregierung zur Schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Cemal Bozoğlu (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vom 11.03.2024 betreffend „Antisemitische Straf- und Gewalttaten 2023“ vom 17.04.2024 (Drs. 19/1893 vom 17.05.2024) und des Abgeordneten Ralf Stadler (AfD) vom 03.10.2024 betreffend Anfrage zu antisemitischen Straftaten, Täterprofilen und Strafverfolgung im Freistaat Bayern vom 29.10.2024 (Drs. 19/3808 vom 02.12.2024) verwiesen. Die darin dargelegten Maßnahmen werden auch 2025 fortgeführt und anlassbezogen intensiviert.

Zum Thema Asyl und Migration ist festzuhalten, dass sich der Freistaat Bayern unter Nutzung vielfältiger Möglichkeiten (wie Ministerpräsidentenkonferenz, Innenministerkonferenz, Mitwirkung der Länder im Gesetzgebungsverfahren, Bundesratsinitiativen) immer mit dem klaren Ziel der Begrenzung irregulärer Migration eingebracht hat und dies auch weiterhin tut. Erst am 28.01.2025 hat die Staatsregierung die Einbringung der Bundesratsinitiativen „Weniger ins Land – Maßnahmen zur sofortigen Reduktion des Zuzugsgeschehens“ (BR-Drs. 33/25) und „Mehr aus dem Land – Maßnahmen für eine konsequente Rückführungspolitik“ (BR-Drs. 32/25) für eine klare Wende in der Migrationspolitik beschlossen. Die Staatsregierung wird sich auch weiterhin für einen grundlegenden Wandel in der Asylpolitik sowie eine Begrenzung der irregulären Migration einsetzen. Zugleich unterstützt die Staatsregierung den Integrationsprozess von bleibeberechtigten Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund.

**Hinweise des Landtagsamts**

Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

—————

Zur Vereinfachung der Lesbarkeit können Internetadressen verkürzt dargestellt sein. Die vollständige Internetadresse ist als Hyperlink hinterlegt und in der digitalen Version des Dokuments direkt aufrufbar. Zusätzlich ist diese als Fußnote vollständig dargestellt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter [www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente](http://www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente) abrufbar.

Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter [www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen](http://www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen) zur Verfügung.